

Reaktionen innerhalb des Internationalen Ravensbrück-Komitees (IRK) auf die Besetzung der CSSR im August 1968

Simone Hannemann

Das Internationale Ravensbrück-Komitee (IRK) wurde am 26. April 1965¹ neu gegründet und bestand aus zwei Mitgliedern der folgenden europäischen nationalen Ravensbrück-Komitees: Belgien, der BRD, Dänemark, der DDR, Frankreich, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Ungarn und der CSSR.² Auf einer Vorbereitungssitzung im April 1964³ waren sich die Vertreterinnen der unterschiedlichen politischen Auffassungen der Mitgliedsländer bewußt; sie einigten sich aber auf ein übergeordnetes Ziel: Die Aufdeckung und Verfolgung von Altnazis und die Bekämpfung des Neofaschismus. Zu einer ersten Bestandsprobe für das IRK wurde der Israel-Konflikt im Jahr 1967. Die Vertreter der sozialistischen Komitees drängten auf eine Verurteilung der Politik Israels, konnten sich aber mit den westeuropäischen Vertretern auf keine gemeinsame Erklärung einigen. Der Gegensatz der verschiedenen Komitees in den politischen Fragen dieser Zeit wurde in den Monaten nach der Intervention in die CSSR mehr als deutlich. Am 25. August 1968, vier Tage nach der Besetzung des Landes, versandte Frau Dr. Zdenka im Auftrag der tschechischen Ravensbrück-Komitees einen „Hilferuf“ an alle „Schwestern, ehemalige Häftlinge aus dem KZ Ra-

vensbrück“.⁴ Der Brief beginnt mit der Feststellung: „Zum zweiten Mal in unserem Leben erleiden wir die Besetzung unseres Heimatlandes“. Das tschechoslowakische Komitee verurteilt den Einmarsch der sozialistischen Armeen und bekennt sich mit Stolz zu dem demokratisch-sozialistischen Kurs ihrer Regierung. Die Hoffnung, daß die Ravensbrücker Kameradinnen mit dem Freiheitskampf des tschechoslowakischen Volkes verbunden sind, sollte seitens der sozialistischen Länder in den nächsten Monaten nicht erfüllt werden. Wenige Wochen nach der Veröffentlichung des „Hilferufes“ verurteilte die Österreichische Lagergemeinschaft in einem Rundschreiben „die Okkupation der CSSR durch die Warschauer-Pakt-Staaten“ und forderte zu jeder moralischen und wirtschaftlichen Unterstützung der tschechischen Kameradinnen auf.⁵ Die Österreichische Lagergemeinschaft besaß innerhalb des IRK einen sehr starken Einfluß und löste mit dieser Erklärung die Bildung von Blöcken aus. In den folgenden Monaten kam es zwischen der Österreichischen und der Tschechoslowakischen Lagergemeinschaft auf der einen Seite und dem Verbund aus westdeutschen und ostdeutschen Komitee zu harten Auseinandersetzungen. Die zu der Zeit amtierende Vizegeneralsekretärin des IRK Emmi Handke⁶ versuchte, der „antisowjetischen Hetze“⁷ der tschechischen und österreichischen Lagergemeinschaft entgegenzutreten. Sie warf der Vertreterin der Österreichischen Lagergemeinschaft, Toni Lehr, die Verhinderung einer Entschließung gegen Israel und „böartige Bemerkungen gegen die DDR“ vor. Toni Lehr war der Ansicht, daß man mit

¹ Anlässlich der Eröffnung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück im Jahre 1959 hatte sich zwei Jahre zuvor schon einmal ein internationales Komitee zur Koordination der vorzubereitenden Arbeiten gegründet.

² Archiv Ravensbrück (RA), noch unarchiviertes Material (u.M.): Grundsatzerklärung über Aufgaben und Ziele der Internationalen Lagergemeinschaft Ravensbrück.

³ RA, u.M.: Protokoll der Sitzung der Vertreter des nationalen Ravensbrück-Komitees am 20.04.1964.

⁴ RA, u.M.: Rundschreiben an nationale Ravensbrück-Komitees vom 25.08.1968.

⁵ RA, u.M.: Rundschreiben der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück vom 19.09.1968.

⁶ Emmi Handke war lange Jahre als Vorsitzende des Nationalen Ravensbrück-Komitee in der DDR, Volkskammerabgeordnete und in den fünfziger Jahren im Büro Ulbricht und als politische Mitarbeiterin im ZK der SED tätig.

⁷ RA, u.M.: Brief Emmi Handke an Doris Maase vom 18.10.1968.

dem Vorgehen in der CSSR „nicht nur dem Sozialismus, sondern auch dem Kampf aller fortschrittlichen Kräfte in den Rücken gefallen ist“.⁸ Das westdeutsche Komitee war aufgrund seiner besonderen politischen Stellung zur verstärkten Zusammenarbeit mit dem DDR-Komitee verpflichtet; Doris Maase⁹ kam jedoch nicht umhin, Emmi Handke darauf hinzuweisen, daß die westeuropäischen Lagergemeinschaften und Verfolgtenverbände keine sozialistische Grundhaltung haben, sondern der Zweck ihrer Aufgabe in der Bewältigung der antifaschistischen und sozialpolitischen Probleme, sofern sie Wiedergutmachungsleistungen betreffen, besteht: „Sonst fallen wir auseinander“.¹⁰ Emmi Handke befand sich aufgrund ihrer Doppelfunktion beim IRK in einer schwierigen Situation. Als Vizegeneralsekretärin hatte sie für die Interessen des gesamten IRK einzutreten; als Vertreterin des Ravensbrück-Komitees der DDR beim IRK war sie dem Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR (KAW) unterstellt und hatte dessen Entscheidungen zu vertreten. In den Richtlinien „Zu einigen prinzipiellen Tätigkeitsmerkmalen des KAW“¹¹ aus dem Jahr 1955 heißt es eindeutig: „Auf internationalen Zusammenkünften vertreten Teilnehmer aus der DDR immer den Standpunkt des Komitees zu den auf diesen Tagungen und Beratungen zu behandelnden Fragen“. Das KAW hatte nur wenige Stunden nach der Intervention in die CSSR durch die Truppen der Sowjetunion und der „Warschauer Fünf“ das Neue Deutschland am 21. August 1968 um die Veröffentlichung folgender Erklärung gebeten: „Das Komitee stellt sich voll und ganz hinter die Erklärung des Zentralkomitees der SED, des Staatsrates und des Ministerrates und die Maßnahme, die

ergriffen wurden, um der konterrevolutionären Gefahr in der Tschechoslowakischen Republik zu begegnen“.¹² Im folgenden heißt es, daß man sich den tschechischen und slowakischen Patrioten besonders fest verbunden fühlt, die nicht nur gegen den Hitlerfaschismus mit der Waffe in der Hand gekämpft, sondern sich auch offen dem Kampf gegen die konterrevolutionären Umtriebe in der CSSR gestellt haben. Das IRK wollte auf einer formellen Sitzung Ende Oktober 1968 in Paris eine Resolution beschließen, die die Intervention entschieden verurteilen sollte. Anbetracht der divergierenden Standpunkte befürchtete die Generalsekretärin des IRK, Renee Mirande-Laval, nun eine ernsthafte Spaltung der Vereinigung. Emmi Handke, die wegen einer fehlenden Einreiseerlaubnis an der Sitzung nicht teilnehmen konnte, versuchte über Doris Maase ihren Einfluß auf die in Paris anstehenden Entscheidungen geltend zu machen.¹³ In einem Brief vom 18. Oktober 1968¹⁴ schlägt Emmi Handke vor, daß man aufgrund der Sitzung die tschechische Frage nicht in den Vordergrund rücken und daß, wenn man sich schon nicht einigen kann, von keiner Seite her eine Erklärung abgegeben werden soll. Doch ihr Einwand hatte keinen Erfolg. Auf der Sitzung in Paris - anwesend waren Vertreter der französischen, italienischen, belgischen, österreichischen, tschechischen und westdeutschen Komitees, die Kameradinnen der anderen sozialistischen Länder waren unbegründet ferngeblieben - konnten die westdeutschen Vertreter ihr Anliegen nicht durchsetzen. Es wurde eine Resolution gegen die Intervention in der CSSR von den Beteiligten angenommen und verabschiedet.¹⁵

⁸ RA, u.M.: Brief Toni Lehr an Doris Maase vom 9.10.1968.

⁹ Vertreterin des Ravensbrück-Komitees der BRD beim IRK und lange Jahre DKP-Kandidatin bei Wahlen in ihrem Heimatort Dorfen bei Wolfratshausen.

¹⁰ RA, u.M.: Brief Doris Maase an Emmi Handke vom 16.10.1968.

¹¹ SAPMO-BA, DY 57/K6/5.

¹² RA, u.M.: KAW an ADN, Redaktion Neues Deutschland vom 21.08.1968.

¹³ RA, u.M.: Brief Emmi Handke an Doris Maase, Oktober 1968: „Ich würde Dich deshalb bitten, doch nach Paris zu fahren, damit Toni dort nicht all zuviel Porzellan zerschlägt, zumal Renee offenbar auch nicht klar ist“.

¹⁴ RA, u.M.: Brief Emmi Handke an Doris Maase vom 18.10.1968.

¹⁵ RA, u.M.: Brief Doris Maase an Emmi Handke vom 29.10.1968.